

einigen und zerrissenen Vaterlandes, diesmal mit vollem Bewußtsein ihrer Schwere und Gefährlichkeit, wiederholen."

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die Nichtveröffentlichung der Marinovorlage hatte bei einem Berliner Berichterstatter der Wiener „N. Fr. Pr.“ die Vermutung aufkommen lassen, daß in dieser Frage zwischen den höheren Instanzen Meinungsverschiedenheiten bestehen. Demgegenüber versichern die „Berl. N. Nachr.“, daß Meinungsverschiedenheiten an keiner irgendwo in Betracht kommenden amtlichen Stelle bestehen, und daß die beabsichtigte gemeinsame Veröffentlichung nur auf die in der betreffenden Sitzung des preussischen Staatsministeriums im Interesse der Vorlage selbst geltend gemachten Anschauungen hin unterblieben ist.

— Die Ablehnung von Neuaufnahmen junger Leute für den Postdienst wird sich, wie mehrere Zeitungen melden, auf mindestens dreijährige Frist erstrecken. Etwas Bemerkliches für den späteren Eintritt in die Postkarriere finden, entgegengekehrt dem im Publikum weit verbreiteten Glauben, nicht statt.

— München. Zu der Reservatrechtsfrage bringt die „Augsb. Postztg.“ auch noch einen Beitrag. Das Blatt stellt fest, daß auch die bayerischen Unterhändler bezw. Unterzeichner des Vertrages, die Minister Graf Bray, v. Luz und v. Prandl niemals anderer Ansicht waren als Fürst Bismarck. Insbesondere v. Prandl hätte nie seine Unterschrift unter einen Vertrag gesetzt, welcher Bayern seiner Oberhoheit beraubt hätte. Der König von Bayern war und blieb nach dieser Auffassung auch nach Verfall des obersten Kriegsherr seines Heeres im Kriege wie im Frieden, und damit sei er hinsichtlich Leben und Tod, Ehre und Freiheit der bayerischen Armeeangehörigen die letzte Instanz. Ein oberster Militärgerichtshof, der über bayerische Soldaten „Im Namen des Kaisers“ urtheilen würde, vertrat sich absolut nicht mit dem König von Bayern unteräußerlich zustehenden Eigenschaft eines obersten Kriegsherrn. Derartige Ansprüche seien auch seiner Zeit in Versailles an die bayerischen Minister gar nicht gestellt worden, im Gegentheil, Herr von Luz habe wiederholt versichert, daß er beim Fürsten Bismarck das größte Entgegenkommen gefunden hätte, und daß man geneigt gewesen wäre, Bayern noch größere Konzessionen (?) zu machen, wenn König Ludwig II. sich hätte entschließen können, selbst nach Versailles zu gehen, wie dies König Wilhelm bestimmt von dem treuen Bundesgenossen erhoffte.

— In der bayerischen Abgeordnetenkammer begann am Montag die Beratung des Militäretats, bei welcher Gelegenheit die Abgeordneten Dr. Schäfer und Dr. Orterer die Frage der Strafprozeßordnung zur Sprache brachten und lebhaft betonten, daß der oberste Gerichtshof ein Reservatrecht Bayerns sei. Wenn man aus der jüngsten Erklärung des Kriegsministers im Finanzausschusse herauslesen dürfte, daß die bayerische Regierung für die volle Wahrung dieses Reservatrechts eintrete, dann würde das ganze Volk hinter dem Minister stehen.

— In Bayern kommen die Kartenbriefe erst Mitte November oder am 1. Dezember zur Einführung, da das kgl. Hauptmünzamt in München die für die erste Auflage unbedingt erforderliche Menge von Kartenbriefformularen bis zu dem vom Reichspostamt festgesetzten Einführungsstermin (1. November 1897) nicht mehr zu liefern vermag.

— Am Sonnabend war aus Karlsruhe gemeldet worden, der Großherzog beabsichtige, sich nach Darmstadt zu begeben, um den Kaiser von Rußland zur Besichtigung des Kaiser Wilhelm-Denkmal nach Karlsruhe einzuladen. Der Hofbericht der „Karlsruher Zeitung“ besagt nun: Die großherzoglichen Herrschaften hatten die Absicht, heute früh nach Darmstadt zu reisen, um ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin von Rußland und ihren königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin einen Besuch abzustatten. Se. königliche Hoheit der Großherzog erhielt auf seine Anfrage gestern Abend die Antwort, der Kaiser habe schon über die Tage bis zu seiner Abreise von Darmstadt verfügt und könne die großherzoglichen Herrschaften daher nicht mehr empfangen.

— Die Meldung aus Karlsruhe, wonach der Zar den Besuch des Großherzogs von Baden abgelehnt hat, wird in Berliner politischen Kreisen lebhaft erörtert. Einzelne Blätter bringen mehr oder weniger lange Commentare über den Vorgang. Die „Nat. Ztg.“ meint, die amtliche Veröffentlichung lasse auf schwere Zerwürfnisse persönlicher Art schließen. Auch die „Voss. Ztg.“ ist der Ansicht, daß der Großherzog von Baden sich durch die Ablehnung seines Besuchs schwer verletzt fühle. Die „Deutsche Tagesztg.“ meint, daß der Zar den Besuch gegenüber dem Großherzog, selbst wenn der Zar wirklich über jede Stunde verfügt hätte, so hätte sich die Möglichkeit geboten, entweder den Großherzog gleichzeitig mit dem Reichsfürst zu empfangen, oder wenigstens die Ablehnung in eine weniger verletzende Form zu kleiden. Die „Köln. Ztg.“ berichtet aus Berlin, die Meldung, der Zar habe den beabsichtigten Besuch des Großherzogs von Baden abgelehnt, rufe in weiten Kreisen lebhaftes Bedauern hervor. Es unterliege keinem Zweifel, daß dem Zaren die Absicht fern gelegen habe, dem hochverdienten badischen Fürsten eine Kränkung zuzufügen, indes die Thatsache der öffentlichen Mittheilung dieser Ablehnung beweise, daß der Beschluß des Zaren in Karlsruhe als eine Kränkung empfunden wurde. Jedenfalls bleibe die auffällige Form zu beklagen, die gewählt worden sei, um einem reinen Höflichkeitssaktes aus dem Wege zu gehen. Der Vorfall sei nicht anders zu erklären, als daß er auf einer Verstimmlung beruhe, die zwischen den beiden benachbarten Höfen von Preußen und Baden bestehe. Der Zar habe Rücksicht zu nehmen auf die Wünsche des Hofes, dessen Gastfreundschaft er zur Zeit genieße, und der dem badischen Besuche abgeneigt gewesen sei.

Der „D. L. N.“ schreibt: Aus der Form der Veröffentlichung geht zunächst hervor, daß die badische Regierung die deutliche Empfindung hat, der Zar habe bei der Ablehnung des Besuchs des Großherzogs von Baden verkehrtlich dasjenige Maß konventioneller Höflichkeit außer Acht gelassen, das im Verkehr von Fürstlichkeiten üblich und vor allem von dem jugendlichen Beherrscher des Zarenreiches gegenüber der ehrwürdigen Person des Großherzogs zu erwarten ist. Darüber, daß der Zar nicht die Absicht gehabt hat, die Empfindlichkeit des Großherzogs von Baden zu verletzen, besteht wohl auch in Karlsruhe kein Zweifel. Eine solche Absicht ist undenkbar. Wäre sie vorhanden, so würde eine Beleidigung

vortragen, die nicht nur dem Großherzog von Baden, nicht nur der Großherzogin, der Tochter Kaiser Wilhelms I., sondern allen patriotischen Deutschen zugefügt würde. An eine beleidigende Absicht wird daher Niemand denken. Aber auch ohne an das Verhandeln einer solchen Absicht zu glauben, werden viele Kreise des deutschen Volkes die Empfindung haben, daß, wenn die Tochter des alten Kaisers Wilhelm dem jungen Zarenpaare die Ehre ihres Besuches gönnen will, für ihren Empfang unter allen Umständen trotz der dringenden Staatsgeschäfte einige Stunden Zeit hätten gefunden werden müssen. Indessen werden, ehe man über diesen merkwürdigen Vorfall ein abschließendes Urtheil fällen kann, nähere Mittheilungen von beteiligten Stellen abzuwarten sein. Vorkäufig ist man, wie wir auf das Bestimmteste versichern können, in hiesigen maßgebenden Kreisen davon überzeugt, daß eher ein Mißverständnis als eine Unhöflichkeit des Zaren vorliegt. Man hält es für möglich, daß von gewissen Hofchargen Mißgriffe begangen sind, für die höchstens der Großherzoglich badische Hof, nicht aber das Zarenpaar verantwortlich gemacht werden könnte.

Die „Berl. N. Nachr.“ schreiben: Die Ablehnung des Empfangs des Großherzogs und der Großherzogin von Baden durch den Kaiser von Rußland macht sowohl durch die Thatsache selbst als durch die Form der Ablehnung großes Aufsehen und bildet das allgemeine Gesprächsthema. Angesichts der kurzen Entfernung zwischen Karlsruhe und Darmstadt sowie des Umstandes, daß der Kaiser von Rußland vom Tage der Ablehnung an (Freitag) noch eine volle Woche in Darmstadt verblieb, ist jama bei dem Lebensalter des Großherzogs Friedrich die Form der Ablehnung allerdings eine ungewöhnliche. Die sofortige amtliche Bekanntgabe in Karlsruhe beweist, daß man am badischen Hofe den gleichen Eindruck hatte, der seitdem in ganz Deutschland verwallt. Inzwischen ist, wie süddeutsche Blätter melden, der preussische Gesandte am badischen Hofe, Herr von Eisendecher, Sonnabend nach Darmstadt gefahren und der Reichsfürst Fürst Hohenlohe hat sich gestern von Darmstadt aus an das badische Hoflager nach Baden-Weiden begeben, dürfte also wohl Träger einer entsprechenden verbindlichen Mittheilung des Kaisers Nikolaus an den Großherzog sein.

— Deutscher Ausfuhrhandel nach Japan. Die Ausfuhr des deutschen Ausfuhrhandels nach Japan haben in der ersten Hälfte dieses Jahres sich recht günstig gestaltet. An der starken Vermehrung der Einfuhr von deutschen Waaren in Japan sind in erster Linie Maschinen, Wollewaaren und Eisenbahnmateriale beteiligt. Besonders bemerkenswerth ist auch der Aufschwung der japanischen Spinnerei-Industrie, worüber ein japanisches Blatt folgende Einzelheiten giebt: Im Jahre 1862 bestand in ganz Japan nur eine einzige Spinnerei mit 5456 Spindeln, 1886 waren schon 22 Spinnereien mit 71,604 Spindeln, 1897 63 Spinnereien mit 767,398 Spindeln vorhanden. Die Ausfuhr stieg im letzten Jahre auf mehr als 4 Mill. Yen, welcher allerdings immer noch eine Einfuhr von ungefähr 20 Mill. Yen gegenübersteht. Die Durchschnitts-Dividende für 1897, nach den Ergebnissen des ersten Halbjahres berechnet, beträgt 14 pCt. Nach der Einfuhr der neuen Verträge, welche den Fremden das Eigentum an Häusern und Fabriken gestatten, werden deutsche Kapitalisten, wie ein Korrespondent der „M. N. Z.“ meint, gut thun, in Japan Spinnereien zu errichten. Mit dem wirtschaftlichen Fortschritt Hand in Hand geht in Japan eine erhebliche Steigerung der Arbeitslöhne und der Preise der gewöhnlichen Lebensbedürfnisse. Wenn man die Verhältnisse der Verhältnisse und der Arbeitsleistung in Betracht zieht, so kann man schon jetzt sagen, daß in einer Reihe von Industriezweigen der Unterschied zwischen europäischen und japanischen Arbeitern gar nicht mehr so groß ist. Eine Zusammenstellung der in Tokyo im August 1896 und im August 1897 gezahlten Löhne ergiebt eine Steigerung von etwa 30 pCt. Mit den schon erwähnten Lohnverhältnissen stehen die Arbeiterkrisen in Zusammenhang, welche sich seit einiger Zeit auffällig mehrten. Japan hat mit der europäischen Industrie auch deren Auswüchse hinübergenommen. Es ist charakteristisch, daß die soziale Frage dort zunächst in denselben Formen sich präsentirt wie in Europa.

— Amerika. Die Regierung der Ver. Staaten hat ihren Berliner Botschafter angewiesen, bei der Berliner Regierung Schritte zu thun, um eine Zurücknahme des deutschseits erlassenen Einfuhrverbots gegen lebendes Rindvieh und frisches Rindfleisch zu veranlassen. Bekanntlich haben folgende Staaten gegen die handelspolitische Haltung der Ver. Staaten Einspruch erhoben: Oesterreich-Ungarn, Großbritannien, Italien, Belgien, Dänemark, die Türkei, China und Japan. Einige dieser Länder, darunter das Deutsche Reich, haben zugleich mit diesem Protest angefordert, daß sie im Falle der Wirkungslosigkeit desselben Wiedervergeltungsmaßnahmen treffen und hohe Zölle auf amerikanischen Schweinefleisch, Rindfleisch, Getreide und andere amerikanischen Erzeugnisse legen würden. Angesichts dieser Sachlage ist das jetzige Verlangen der Ver. Staaten eine Annäherung, die höfentlich richtig beantwortet wird.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Schöneheide. Vergangenen Sonntag sprach hier im Hotel Schwan Herr R. Sohlich aus Berlin und beleuchtete die „Ziele des Alldeutschen Verbandes.“ Dienstag fand ein einmaliges Gastspiel der Königl. Sächs. Hofkapellierin Fräulein Pauline Ulrich vom Hoftheater in Dresden statt. Zur Aufführung kam „Maria Stuart.“ Nächsten Sonntag wird die hiesige Schule ein Kinderconcert veranstalten. Zur Aufführung kommt „Blumenleben“ v. Schmidt. — Montag früh wurde der Handarbeiter B. in seiner Behausung erhängt aufgefunden. Derselbe ist Wittwer und hinterläßt 5 Kinder, von denen 2 schulpflichtig sind. B. lebte in mißlichen Verhältnissen.

— Leipzig, 25. Okt. Es ist bei dem Schluß der Sächsisch-Thüringischen Industrie- und Gewerbe-Ausstellung Seitens des Vorsitzenden des geschäftsführenden Ausschusses, Herrn Stadtrath Dödel, darauf hingewiesen worden, wie dankbar die Ausstellungsleitung der Kaiserlichen Oberpostdirektion Leipzig für die treffliche Organisation und die Verwaltung des auf dem Ausstellungsplatz errichteten Postamtes sein müsse und wie hoch man die von den beteiligten Beamten im Dienste des Unternehmens geleistete umfangreiche Arbeit anzuerkennen und zu schätzen wisse. Allerdings, der Umfang des Betriebes bei dem Postamt auf dem Ausstellungsplatz war ein ganz enormer. Sind doch zusammen nicht

weniger als 1,823,535 Sendungen auf diesem Postamt bearbeitet worden. Bis zum Schluß der Ausstellung kamen insgesamt an 179,489 Briefsendungen, darunter 56,900 Postkarten, weiter 234 Postanmeldungen über 10,157,10 M. Aufgeliefert wurden 1,635,983 Briefsendungen, darunter 1,391,669 Postkarten, sowie 7829 Post-Anweisungen über 426,904,10 M. Die Zahl der behandelten Telegramme hat sich auf 15,996 Stück belaufen; davon sind 12,308 Stück abgehandelt worden und 3688 Stück angekommen. Im Weiteren sind 445,424 Fernsprech-Verbindungen hergestellt worden. Hierbei wurden die öffentlichen Fernsprecheinrichtungen 4924 Mal benutzt. Der lebhafteste Postverkehr hat sich am 25. Juli abgewickelt. An diesem Tage sind 40,679 Postkarten aufgegeben worden. In Bezug auf den Telegraphenverkehr weist der 16. Oktober, der Tag, an welchem die Prämittungen bekannt gegeben wurden, die höchsten Zahlen auf. An diesem Tage sind 460 Telegramme gewechselt worden, darunter 398 Stück aufgelieferte.

— Leipzig. In welcher anzuerkennender Weise unsere sächsische Staatsbahnverwaltung die Sächsisch-Thüringische Gewerbe- und Industrieausstellung in Leipzig durch die Inverkehrsetzung von Sonderzügen ausnahmslos zu ermäßigten Fahrpreisen unterstützt hat, geht daraus hervor, daß zur Erleichterung ihres Besuches 66 Sonderzüge nach Leipzig aus allen Theilen unseres engeren Vaterlandes abgefahren wurden. Mit diesen Zügen wurden rund 51,000 Personen nach Leipzig befördert. Außerdem sind von unserer sächsischen Staatsbahnverwaltung innerhalb der Ausstellungsdauer noch 33 Sonderzüge geführt worden, welche den Leipzig näher gelegenen Theilen des Landes eine spätere Rückfahrgelegenheit ermöglichten.

— Leipzig. Fast gewinnt es den Anschein, als sollte sich an die Leipziger Ausstellung noch ein unangenehmes Nachspiel in Gestalt eines Rattenkönigs von Prozeßen schließen — man spricht von etwa 400 —, die sich aus dem Umstande ergeben, daß der geschäftsführende Ausschuss Nachforderungen für Raum und benutzte Dampfkraft erhoben hat. Es ist bereits ein Komitee von Ausstellern zur Verfolgung der Angelegenheit gewählt, ebenso ein juristischer Vertreter der Betroffenen. Freilich muß man sich dabei auf den Standpunkt stellen, daß der geschäftsführende Ausschuss doch nichts in die Tasche stecken will und schließlich Recht hat, wenn er den tatsächlich benutzten Raum bezahlt verlangt, statt daß er die Garantiefondsgehalter heranzieht. Es kommt hoffentlich zu einem billigen Vergleich. — Im Fundbureau der Ausstellung lagern noch Hunderte von theilweise sehr werthvollen Gegenständen. Wer also hier etwas verlor, der versuche es doch einmal mit einer Anfrage.

— Reichenbach i. B., 23. Oktober. Die an der Leiche der verheh. Günther in Cunsdorf gestern Nachmittag vorgenommene gerichtliche Section hat sicherem Vernehmen nach folgende Ergebnisse, daß Selbstmord so gut wie ausgeschlossen erscheint. Auch ist das in der Abtheilung der Selbstmörder der Verstorbenen bereits fertig gemacht gewesene Grab wieder zuzufüllen angeordnet und zugleich verfügt worden, die Günther in einem Reihengrabe zu beerdigen. Man hat es schon mit einem Verbrechen zu thun, zu welchem die weitere Aufklärung die gerichtlichen Erhebungen wahrscheinlich bald erbringen werden. Vorkäufig lastet ein schier erdrückendes Material auf dem Ehemann der Verstorbenen, der auch weiter in Haft belassen wird. Als Günther vor Beginn der Section an die Leiche geführt wurde, erkannte er dieselbe auf an ihn gestellte Frage als die Leiche seiner Frau an. Den Verdacht des Mordes wies er von sich ab. Wie bereits mitgeteilt, wollten sich die Weiden, welche schon seit einiger Zeit getrennt lebten, der getrennten Verarbeitung gemäß am Sonnabend Abend im Frießener Walde treffen. Die Günther verließ 1/2 9 Uhr Abends ihre Dienstherrschaft in Waltersdorf, um nach Cunsdorf zurückzukehren. Ihr Ehemann brach zu gleicher Zeit daheim auf, um ihr entgegenzugehen. Am Sonntag früh fand man sie an einer kleinen Eiche eines wenig begangenen Steiges im Frießener Walde als Leiche vor. Den mysteriösen Zusammenhang dieser Dinge aufzuklären, wird weiter Sache der Gerichte sein. — Hierzu wird weiter gemeldet, daß das Belastungsmaterial gegen den Ehemann der Ermordeten sich immer mehr und mehr häuft. So hat derselbe seiner in Waltersdorf bediensteten Frau unter dem Mißbrauch des Namens eines hiesigen Rechtsanwalts einen Brief geschrieben, in welchem er sie einlud, an dem Sonnabend Abend, an welchem der Mord geschah, wieder zu ihm nach Cunsdorf zu kommen. Auch soll er kurz vor dem Tode seiner Frau mit einer in Reichenbach bediensteten älteren Person ein Liebesverhältnis anzuknüpfen versucht haben. Nach Bayern soll er schon einige Tage vor dem Ereignis einen Brief geschrieben haben, in welchem er bereits den erfolgten Tod seiner Frau gemeldet habe. Auch soll er nicht genau nachweisen können, wo er sich zu der Zeit befunden, zu welcher seine Frau ermordet worden ist.

— Auerbach, 26. Oktober. Gestern Abend 9 Uhr ist hier ein ziemlich starkes Erdbeben wahrgenommen worden, und zwar wurden zwei Stöße unterbrochen, die von Nord nach Süd liefen und von unterirdischen Rollen begleitet waren. Dafen, Lampen usw. bewegten sich bez. erklimten. Ähnliche Beobachtungen sind auch in verschiedenen Nachbarorten, so in Hallenstein, Reiboldsgrün, Vogelsgrün, Rempegrün, Bernesgrün, gemacht worden. Während der Erdstöße war der Himmel klar und gestirnt, auch war es ganz still.

— Brambach. Am Montag früh 3 Uhr 17 Minuten wurden zwei Erdstöße kurz hintereinander von Vielen wahrgenommen. Der zweite Stoß war stärker als der erste. Die Fenster scheibeln stürzten und die Bilder an der Wand schwannten. Ueber die Richtung konnte etwas Sicheres noch nicht festgestellt werden, doch dürften die Stöße von Südwest nach Nordost erfolgt sein. Biersack wird behauptet, daß gegen 1 Uhr Nachts und 1/2 7 Uhr früh ein donnerähnliches Geräusch gehört worden ist.

— Buchholz, 25. Oktober. In unserem deutschen Vaterlande giebt es 100 Orte mit dem Namen „Buchholz“. Zwei davon liegen in unserem Sachsenlande, und zwar außer unserer Stadt das in der Nähe von Moritzburg gelegene Dorf Buchholz. In Preußen giebt es 87 dieses Namens als Städte, Dörfer, Colonien, Forsthäuser, Gefeße und Domänen; 8 in Mecklenburg-Schwerin; je 1 in Mecklenburg-Strelitz, Baden, Lippe-Schaumburg. Außerdem giebt es ein Dorf Buchholz im schweizer Kanton St. Gallen. Unter diesen 101 Orten gleichen Namens nimmt unser Buchholz nach der Zahl der Einwohner und der industriellen Bedeutung die erste Stelle ein.

— durch den
Lampenzug
der Linde
das Leben
Kindern,
lassen sie
machten
Mädchen
arbeiten
Ueberreste

— und diese
gewesen
schen, das
hier eine
sie geber
Wandlung
Zeit hat
will schon
ibr bewol
Kinheit
bejaht w

Die
sie fortan
die alte
Gesundhe
so wenig
Ankunft
trat, so b
lassen.

Die
zu empfie
mittage u
meist er
nie, wo s
über ihr
Wen
Mädchen
macht hal
Auf dem
u. Zutrie
ihnen son
schmeidig
Knospe h
Sie liebt
Ausschlü
jener Zei
Sein
Arme dur
mit sich
frenen ab
und es b
liebt mich

Der
unerfahre
Kindes ha
Sie hing
dem erste
sich von
gefangen
sie lebte

Einig
Cornaro
mit Meli
er unter
sich in ei
Dorfe ein
Zeit gewo
gewidmet.

In
somnit
mit in de
sitionen v
litta den
sprachen,
So war f
stieg, ob

Corn
Melitto,
trauensvol
Tournoe a
batte die
Wochen,

Die
vorauslag
herziges
das ihn y
schönsten
Er er
der, an ih
seit, er er
Blume er
erquiden,
weiter sein
und zu G

Da
Nachricht
derte ihm
den Farbe
zugeben,
war schon
vielen Be

Eine
wurde in
Einsamkeit
nicht gewo
Jetzt
gestürzt
vorzupies
gefiziert zu